

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Keine Entwarnung an Teuerungsfrent

Zürich (AP) An der Schweizer und Liechtensteiner Teuerungsfrent gibt es weiterhin keine Entwarnung. Die Jahressteigerung in Zürich kletterte im vergangenen Juni auf den höchsten Stand seit Ende 1981. Die Jahresteuerrate erreichte 7,4 Prozent, wie das Statistische Amt der Stadt Zürich auf Anfrage am Dienstag mitteilte. In Basel war für Juni eine Jahresteuerrate von 6,9 Prozent verzeichnet worden.

Die am Zürcher Index der Konsumtenpreise gemessene Monatssteigerung erhöhte sich gegenüber Mai um 0,6 Prozent und verdoppelte sich damit gegenüber Juni 1990, wie es beim Amt weiter hiess. Der Index (Dezember 1982 = 100 Punkte) erreichte 129,1 Punkte, nach 128,2 Punkten im Mai. Der Teuerungsschub stamme vor allem aus dem Bereich der Nahrungsmittel, vor allem von den Früchten, sagte eine Sprecherin des Amtes. Auch die Bereiche Bekleidung sowie Heizung und Beleuchtung hätten dazu beigetragen. Beim Stadtzürcher Statistikamt wurde befürchtet, dass die Teuerung im Juli erneut einen Schub erhält, der von dem am Montag in Kraft getretenen Erhöhung der Spitaltaxen ausgelöst werden soll.

Die gesamtschweizerische Inflationsrate hatte Ende Mai 6,3 Prozent betragen.

## UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar besucht unser Land

Am Freitag trifft der Generalsekretär der Vereinten Nationen zu einem Besuch ein – Zusammentreffen mit Fürst Hans-Adam II. und der Regierung

(G.M.) – Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar, wird am Freitag unserem Land einen offiziellen Besuch abstatten. Der UNO-Generalsekretär trifft, von Genf kommend, am Donnerstag abend in Vaduz ein und wird am Samstag Liechtenstein nach Gesprächen mit Fürst Hans-Adam II. und der Regierung sowie der Absolvierung eines Besichtigungsprogramms wieder verlassen.

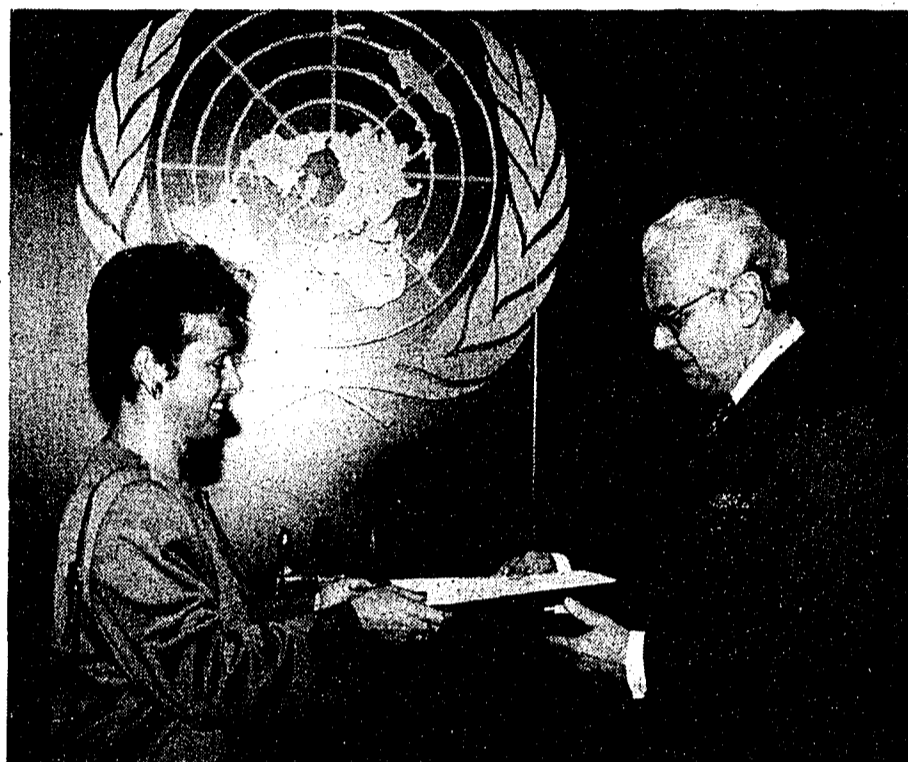
Erst vor wenigen Tagen hat UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar in einem Interview erklärt, dass er nach Ablauf seiner zweiten fünfjährigen Amtszeit keinen Tag länger als vorgesehen im Amt bleiben werde. Seine Amtszeit läuft im kommenden Herbst ab. Vorher stattet der Generalsekretär dem 160. Mitgliedland der UNO, dem Fürstentum Liechtenstein, den obligatorischen Besuch ab.

Unser Land wurde erst vor knapp einem Jahr in die Vereinten Nationen aufgenommen, nachdem insbesondere Fürst Hans-Adam II. über Jahre hinweg diesen Schritt als notwendig für die Erhaltung der Souveränität Liechtensteins erachtet und auch dafür in seinen

Thronreden sowie im Rahmen anderer öffentlicher Auftritte geworben hatte.

Die Aufnahme unseres Landes in die UNO erfolgte, nachdem sich der Landtag am 13. Dezember 1989 einstimmig für den Beitritt ausgesprochen hatte. Vorher hatten verschiedene Sondierungen am Hauptsitz der UNO in New York stattgefunden. Das Beitritts-gesuch des Fürstentums Liechtenstein wird am 10. August 1990 bei UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar eingereicht. Das Gesuch um den Beitritt zu den Vereinten Nationen enthält zwei Schriftstücke: Einerseits eine Erklärung von Fürst Hans-Adam II., wonach Liechtenstein die in der UNO-Charta enthaltenen Verpflichtungen zu übernehmen bereit sei, und andererseits das formelle Beitritts-gesuch der Regierung.

Der Sicherheitsrat behandelt das Aufnahmegesuch als erste Instanz am 14. September 1990, wobei sich 12 der 15 Sicherheitsratmitglieder zu Worte melden – alle positiv. Am 18. September erfolgte am ersten Tag der 45. UNO-Session bereits mit Akklamation die Aufnahme in die Vereinten Nationen.



UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar wird am Freitag unser Land in offizieller Mission besuchen. Unser Archivbild zeigt ihn zusammen mit der liechtensteinischen UNO-Botschafterin in New York, Claudia Fritsche-Mündle.

## Beratung der FBP-Leitlinien als Perspektiven für die Zukunft

Der Landesausschuss der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) befasste sich am Montag abend erstmals mit den neu erarbeiteten Leitlinien

(G.M.) – Mit der Erarbeitung von Leitlinien will die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) die Richtung aufzeigen, wohin die Partei in der Zukunft gehen möchte und welche Zielsetzungen in der Politik verfolgt werden. Am Montag abend befassten sich die Mitglieder des FBP-Landesausschusses erstmals eingehend mit den in Arbeitsgruppen während den vergangenen Monaten erarbeiteten Leitlinien. Nach weiterer Beratung in verschiedenen Parteigremien sollen die FBP-Leitlinien am Parteitag verabschiedet werden, der im Herbst stattfindet.

Neben der Auseinandersetzung mit der Tagespolitik hat sich die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) seit Monaten intensiv auch mit den Grund-satzfragen unserer Zeit auseinandergesetzt und wird nun mit der Erarbeitung von Leitlinien gewisse Akzente für die Politik in der Zukunft setzen. Leitlinien, so wie sie von den FBP-Gremien erarbeitet wurden und in den nächsten Monaten weiter diskutiert werden, heben sich von der Tagespolitik ab, ohne sie aus den Augen zu verlieren und verschaffen die Perspektiven für die Bewältigung der Zukunft, indem sie die Richtung angeben, die von der Par-

te generell eingeschlagen wird. Die Erarbeitung von Leitlinien für die wichtigsten Bereiche von Gesellschaft, Staat und Politik sowie Wirtschaft und Bildung, ebenso von Sozial- und Gesundheitspolitik bestimmen den Kurs der zu gestaltenden Gesamtpolitik in den nächsten Jahren.

Ausgehend von der beunruhigenden Aussage von FBP-Präsident Emanuel Vogt, dass derzeit in der liechtensteinischen Politik nicht mehr für die Zukunft geplant werde, sondern nur für die nächsten drei oder vier Jahre gelebt werde, befassten sich die Mitglieder des FBP-Landesausschusses am Mon-

tag abend eingehend mit den Leitlinien der einzelnen Sachbereiche, die von kompetenten Politikern und Fachleuten wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt, Landtagsvizepräsident Josef Biedermann, Dr. Hubert Büchel, Dr. Rony Frick und Hansjörg Marxer erläutert wurden.

Die Leitlinien werden in den nächsten Monaten noch weiteren Beratungen unterliegen, so dass sie vom Parteitag im Oktober verabschiedet werden können. Die Beratungen des FBP-Landesausschusses erbrachten eine in die

Zukunft gerichtete Auseinandersetzung mit den Schwerpunkten unserer Politik sowie mit den Problemen, die unser Land derzeit am meisten beschäftigen. Teilweise zeigten sich die Landesausschussmitglieder in Übereinstimmung mit den als Entwurf vorgelegten Leitlinien, in anderen Bereichen erfolgte der Austausch verschiedener Meinungen, die schliesslich abgewogen und zur weiteren Bearbeitung durch die Leitlinien-Kommission empfohlen wurden.

Mehr über die FBP-Landesausschuss-Sitzung auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

## Die Schweiz von morgen erfordert Veränderungen

Bern (AP) Will die Schweiz die heutige Lebensqualität erhalten oder verbessern, müssen tiefgreifende Änderungen vorgenommen werden. Die Expertenkommission «Schweiz morgen» präsentierte am Dienstag ihre Vorstellungen und forderte unter anderem einen baldigen EG- und UNO-Beitritt, eine Umgestaltung der Sozialversicherung und politische Reformen. Gleichzeitig wurden vier Szenarien erläutert, wie sich die Schweiz in der Dekade nach der Jahrtausendwende entwickeln könnte.

Die Expertengruppe erarbeitete in zweijähriger Arbeit Empfehlungen, mit welchen Massnahmen die Lebensqualität in der Schweiz erhalten oder verbessert und mit welchen Mitteln ein Beitrag zur Lebensqualität von Menschen ausserhalb des Landes geleistet werden kann. In einer ersten Phase erarbeitete die vom Bundesrat eingesetzte Gruppe vier Szenarien, wie sich die Eidgenossenschaft unter der Annahme von verschiedenen Grundhaltungen entwickeln könnte. Das erste Szenario geht von der Beibehaltung der heutigen Begebenheiten aus, das zweite von einer wirtschaftsbetonten Ausrichtung, das dritte von einer idealistischen Grundhaltung, welche der Umwelt Sorge trägt und das vierte von einer hedonistischen, am Lebensgenuss orientierten Grundhaltung. Es sei nicht wahrscheinlich, dass eines dieser Szenarien sich in Reinkultur verwirklichen werde, erläuterte Kommissionspräsident Christian Lutz, Vorsitzender der Schweizerischen Gesellschaft für Zukunftsfragen. Die Kommission habe denn auch kein eigenes Leitbild entwickelt, sondern Massnahmen vorgeschlagen, die der Schweiz ermöglichen ihre Zukunft selber zu gestalten.

Neben der Öffnung gegenüber der Welt seien auch innere Änderungen unabdingbar.

## Zuwachsrate beim Stromverbrauch war 1990 etwas weniger hoch

Jahrespressekonferenz der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) – Die eigene Stromerzeugung ist weiter gesunken – Hoffnung auf Rheinkraftwerke

(G.M.) – Der Stromverbrauch in unserem Land ist im Jahre 1990 erneut angestiegen, doch reduzierte sich im Vergleich zu den Vorjahren die Zuwachsrate. Nach dem Jahresbericht der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW), der am Dienstag im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, belief sich die Stromabgabe im Landesnetz auf 221,2 Mio. Kilowattstunden (kWh) – einer Steigerung von 3,2 Prozent gegenüber 1989 entsprechend.

Die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) haben sich ein neues Erscheinungsbild gegeben, das sich optisch unter

anderem auch im neugestalteten Geschäftsbericht widerspiegelt. «Strom – für Mensch und Umwelt» heisst der massgebliche Geschäftsleitsatz, womit angedeutet werden soll, dass es einerseits um die Sicherstellung der Stromversorgung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung geht, auf der anderen Seite jedoch auch die Aspekte des Umweltschutzes und der Ökologie entsprechende Berücksichtigung finden. Der Verwaltungsrat schreibt zu den Erfordernissen einer «zukunftsgerichteten Energiepolitik», dass «neue Möglichkeiten zur Stromproduktion gesamtheitlich zu betrachten und die verschiedenen Interessen und Vernetzungen von Umwelt, Wirtschaftlichkeit und Sicherheit zu berücksichtigen» seien.

### Weniger Eigenproduktion

Nach neuen Möglichkeiten zur Steigerung der Eigenproduktion an elektrischer Energie suchen die Liechtensteinischen Kraftwerke, wobei sie sich bewusst sind, dass ausser der bereits genutzten Wasserkraft und den geplanten Rheinkraftwerken nur sehr wenige ertragreiche Möglichkeiten offenstehen. Bei einem Gesamtstromverbrauch von 221,2 Mio. kWh (im Vorjahr 214,3 Mio. kWh) lag die Eigenherzeugung von elektrischer Energie lediglich bei 54,7 Mio. kWh (63,9 Mio. kWh), was einen Rückgang von 14,6 Pro-

zent gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Auf der anderen Seite erhöhte sich der Stromzukauf, insbesondere von den Nordostschweizerischen Kraftwerken (NOK), um 10,6 Prozent auf 167,3 Mio. kWh (151,3 Mio. kWh).

Der Mehrverbrauch gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf die Grossverbraucher zurückzuführen, die 5,1 Prozent mehr elektrische Energie benötigten, während die Verbrauchergruppe Haus-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Jahrespressekonferenz der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) am Dienstag: von links Technischer Direktor Walter Marxer, Verwaltungsratspräsident Heinz Büchel, Kaufmännischer Direktor Egon Gstöhl und Vizepräsident des Verwaltungsrates Toni Nägele.

**DENNER-Satellit**

Ihr privater Detaillist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

**Pfirsich**  
«Kilo-Körbli»  
Fr. 2.10

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

SICHERHEITSHALBER  
IN IHRER NÄHE.

**ZÜRICH**  
VERSICHERUNGEN

Repräsentanz für Liechtenstein  
Josef Sele  
Aeulestrasse 80, 9490 Vaduz  
Telefon 075/2 43 33